



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;

**hier: Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen – Beiträge an inländische Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen
(Kap. 16 02 Tit. 686 07)**

Der Landtag wolle beschließen:

In Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 16 02 wird der Ansatz im Tit. 686 07 (Beiträge an inländische Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen) für das Jahr 2024 von 1,0 Tsd. Euro um 1,0 Tsd. Euro auf 0,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 16 02 wird der Ansatz im Tit. 686 07 (Beiträge an inländische Vereine und Gesellschaften sowie an internationale Organisationen) für das Jahr 2025 von 1,0 Tsd. Euro um 1,0 Tsd. Euro auf 0,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Ansätze werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zu Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Die Staatsregierung sollte v. a. in Zeiten der anhaltenden Wirtschaftskrise, des Fachkräftemangels und einer immer weiter ausufernden Staatsquote verstärkt darauf achten, ihre Ausgaben für Verwaltungsausgaben, den Erwerb von Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie für Aufträge an externe Dienstleister zu reduzieren.

Für Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sollten die Steuergelder des Staatsministeriums für Digitales gestrichen werden, da dies dem Grundsatz der begrenzten staatlichen Einmischung und der Förderung individueller Freiheit entspricht. Das Staatsministerium für Digitales sollte sich auf die Aufgaben konzentrieren, die unmittelbar mit der Digitalisierung zusammenhängen. Die Verwendung öffentlicher Mittel für NGOs kann zu einer unangemessenen Einflussnahme des Staates auf die Zivilgesellschaft führen und die Autonomie und Unabhängigkeit dieser Organisationen gefährden. Stattdessen sollten NGOs ihre Finanzierung aus privaten Quellen wie Spenden und Mitgliedsbeiträgen erhalten, um sicherzustellen, dass ihre Aktivitäten von den tatsächlichen Bedürfnissen und Interessen der Bürger geleitet werden und nicht von staatlichen Vorgaben oder politischen Agenden.